
10 Forderungen der FDP-NRW für einen politischen Neuanfang im Bund

In Nordrhein-Westfalen hat die FDP bewiesen, dass es möglich ist, für die Menschen **spürbare Verbesserungen** politisch durchzusetzen, insbesondere

- durch ein klares Bekenntnis zu einer wertorientierten **Sozialen Marktwirtschaft**,
- durch politische und finanzielle Priorität für **Bildung, Wissenschaft und Innovation** und
- durch eine freiheitliche **Innen- und Rechtspolitik**.

Die Menschen sind bereit, sich dem Wandel zu stellen. Unsere neue Politik wird wahrgenommen und findet die notwendige **Unterstützung der Menschen**. Unsere Politik setzt Rahmenbedingungen neu, damit Arbeit entstehen und Wohlstand wachsen kann. Das macht unseren Politikansatz in Nordrhein-Westfalen zur **Blaupause für den Bund**.

Die großen Herausforderungen, vor denen NRW steht, aber auch die großen Chancen, die wir haben, können wir nur annehmen, wenn die nächste Bundesregierung keine Gelegenheitskoalition wird, sondern eine echte **Gestaltungskoalition**.

Bei der Bundestagswahl am 27. September wird es ganz entscheidend darum gehen, weitere **Chancen für die Erneuerung Nordrhein-Westfalens** zu schaffen. Daher setzt sich die FDP-NRW für einen Politikwechsel auf Bundesebene ein. Wir wollen unsere Forderungen in möglichen **Koalitionsverhandlungen** fest verankern und sehr konkret festschreiben.

Die FDP-NRW setzt sich dafür ein, dass folgende Punkte nach der Bundestagswahl fest verabredet und umgesetzt werden:

1. **Priorität für Bildung und Wissenschaft**

Bildung ist Bürgerrecht. Bildung ist aber auch die Voraussetzung für die **Innovationskraft** unserer Gesellschaft und damit die wichtigste Zukunftsinvestition. Aufgabe liberaler Politik ist es, mit Priorität in Bildung und Wissenschaft zu investieren und den Menschen in den Schulen, Hochschulen, in der Forschung und den innovativen Unternehmen Rahmenbedingungen anzubieten, die es ihnen erlauben, ihr volles Potenzial zu entfalten.

Für Bildung und Wissenschaft brauchen wir: **Mehr Freiheit, mehr Geld und mehr Wettbewerb**. Deutschland wird nur dann Exportweltmeister bleiben, wenn Deutschland Bildungsweltmeister wird. Deshalb brauchen wir ein starkes Bildungssystem mit fairen Chancen für alle, damit jeder die Möglichkeit hat, sich zu qualifizieren, gute Arbeit zu finden und sein Leben selbst zu gestalten.

Gerade in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise darf nicht an Bildung gespart, sondern muss in die Zukunft investiert werden. **Bildung hat für Liberale politisch und finanziell Priorität**. Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft müssen hierzu ihre Anstrengungen wesentlich erhöhen. Die FDP-NRW will noch in der nächsten Legislaturperiode das Ziel erreichen, dass Deutschland mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung bereitstellt. Wenigstens 7 Prozent des BIP sollen nachhaltig für Bildung und 3 Prozent des BIP für Forschung und Technologie investiert werden.

Das letzte Kindergartenjahr muss bundesweit verbindlich beitragsfrei werden. Ab dem 4. Jahr sollen alle Kinder auf ihre sprachliche Entwicklung hin geprüft und bei Bedarf intensiv im Vorgriff auf die Schulpflicht gefördert werden.

Für die FDP-NRW ist **Lebenslanges Lernen** der Leitgedanke in der Bildungspolitik. Wir brauchen ein Bildungssystem, das sich an den Lebensphasen eines Menschen ausrichtet und dafür spezifische Angebote entwickelt. Wir müssen die Chancen der frühkindlichen Förderung konsequent nutzen, mit neuen Lernformen in der Schulzeit Ernst machen und Potenziale der Älteren besser als bisher durch altersgerechte Weiterbildung erhalten. Neue Kooperationsformen zwischen Hochschulen, Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Wirtschaft sollen die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem

verbessern. Dazu gehört auch, die Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen an den Hochschulen zu verbessern.

Die bereits beschlossenen Maßnahmen **Exzellenzinitiative, Hochschulpakt 2020 und der Pakt für Forschung und Innovation** müssen unmittelbar nach der Bundestagswahl – wie in NRW bereits geschehen - in die mittelfristige Finanzplanung auch des Bundes übernommen werden. Gleichzeitig muss die Forschungsförderung des Bundes auf hohem Niveau erhalten bleiben.

Die FDP-NRW setzt sich dafür ein, dass den außeruniversitären staatlichen Forschungseinrichtungen wie etwa den Max-Planck-Instituten, den Fraunhofer-Instituten oder den Forschungszentren der Helmholtz- oder der Leibniz-Gemeinschaft in einem echten **Wissenschaftsfreiheitsgesetz** die Verantwortung für ihre Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen zu geben. Das macht sie schneller, besser und international wettbewerbsfähiger. Die auf dem Prinzip der Eigenverantwortung beruhenden institutionellen Rahmenbedingungen, die Nordrhein-Westfalen mit dem Hochschulfreiheitsgesetz seinen Hochschulen eröffnet hat, setzen bundesweit Maßstäbe und ermöglichen eine neue Ära im Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaftseinrichtungen. Die FDP fordert, diese Rahmenbedingungen nunmehr auch bundesweit für die Forschungsgemeinschaften umzusetzen. Die Autonomie der Hochschulen soll im **Grundgesetz** verankert werden, das **Hochschulrahmengesetz** entfallen.

Darüber hinaus setzt sich die FDP-NRW dafür ein, dass in Deutschland eine neu gedachte **Wissenschaftsfreiheit** etabliert wird; mit einem flexiblen, leistungsfähigen **Vergütungssystem**, einem attraktiven und international konkurrenzfähigen **Dienst- und Arbeitsrecht**, einer aktiven Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, einem mobilitätsgerechten **Altersversorgungssystem** sowie einem zukunftsfähigen **Zuwanderungsrecht**.

Deutschland braucht ein **Stipendiensystem** auf internationalem Niveau. Ziel muss es sein, den Anteil Studierender, die ein Stipendium erhalten, in den nächsten vier Jahren von jetzt 2 auf 10 % zu erhöhen. Das in Nordrhein-Westfalen eingeführte Modell sieht vor, dass Stipendien sehr unbürokratisch, rein nach fachlicher Begabung und unabhängig vom Verdienst der Eltern vergeben werden. Jeder Euro, der von der Wirtschaft, Stiftungen oder anderen Privaten von den Hochschulen eingeworben wird, wird mit einem Euro staatlichen Mitteln ergänzt. Die FDP-NRW setzt sich dafür ein, dass dieses dezentrale Anreizmodell als Vorbild für ein bundesdeutsches Stipendiensystem dient.

Die **United Nations University** in Bonn ist die Brücke zwischen der akademischen Welt und dem UN-System und wertet mit seiner engen Verbindung zur örtlichen Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität den internationalen Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen auf. Mit ihrer Entscheidung das erste Vizerektorat der UNU außerhalb Tokios in Bonn zu etablieren, haben die Vereinten Nationen ein Zeichen für Bonn und für eine Intensivierung der guten Beziehungen Deutschlands zu Gremien des UN-Systems, zu internationalen und regionalen Organisationen, zu Regierungen, Unternehmen, Hochschul- und Forschungseinrichtungen und Stiftungen gesetzt. Die UNU sollte vonseiten des Bundes stärker finanziell gefördert und enger mit dem deutschen Wissenschaftssystem verzahnt werden, etwa durch gemeinsame internationale Studiengänge. Insgesamt bedarf es weiterer Anerkennung durch eine deutliche **Aufwertung des UN-Standortes Bonn** durch die neue Bundesregierung. Hier sollten alle Chancen genutzt werden.

2. Mehr Freiheit und Chancen für Forschung und Innovationen

Der Klimawandel, eine weiter steigende Erdbevölkerung und gleichzeitig immer knapper werdende natürliche Ressourcen stellen die Menschheit vor gewaltige Herausforderungen. Für eine friedliche und sozial gerechte Zukunftsentwicklung brauchen wir vor allem eins: **Innovationen**. Deutschland hat als eine der führenden Wissenschafts- und Industrienationen hierbei eine herausgehobene **Verantwortung**. Um dieser Verantwortung für die globalen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen die Hemmnisse für neue Ideen in Produkte und Verfahren beseitigt werden.

Ein positives Forschungs- und **Innovationsklima** ist dafür eine der grundlegenden Voraussetzungen. An die Stelle eines über lange Zeit und zum Teil immer noch kultivierten angstgeleiteten Fortschrittspessimismus sollte eine zukunftsoptimistische neue Kultur der Chancen treten.

Forschung und Innovationen sind in einer Wissensgesellschaft die entscheidenden Grundlagen für eine prosperierende Volkswirtschaft und damit die Voraussetzung für **Freiheit, Wohlstand**, qualitativ hochwertige **Arbeitsplätze** und den **sozialen Frieden**.

Derzeit stehen dem Gesamthaushalt des Bundes in Höhe von rund 300 Mrd. Euro **Ausgaben für Bildung und Forschung** in Höhe von nicht einmal 11 Mrd. Euro gegenüber. Damit betragen die Ausgaben für Bildung und Forschung aktuell weniger als 4% der Gesamtausgaben. Um Deutschland in zentralen Bereichen nachhaltig innovationsfähiger zu machen, muss der Staat seine derzeitigen Anstrengungen in diesem Bereich **deutlich erhöhen**. Nur so lässt sich verhindern, dass Deutschland im Bezug auf Innovationsfähigkeit auf lange Sicht den Anschluss an die Spitzengruppe verliert.

Damit Deutschland Nettoexporteur von Wissen und Technologie wird, bedarf es einer effektiven und strukturierten **Forschungsförderung**, die geprägt ist von der konsequenten Steigerung des bundesdeutschen Forschungsbudgets. Zugleich muss die Forschungsförderung von Bund und Ländern insgesamt gebündelt und besser aufeinander abgestimmt werden, so dass sich der aktuell existierende undurchschaubare Dschungel aus Regelungen, Geboten und Verboten lichtet. Erst dann lässt sich die Forschungsförderung der Europäischen Union in diejenige des Bundes und der Länder so integrieren, dass Doppelförderungen vermieden und Bürokratiekosten der Förderung minimiert werden. Bei einer gleichzeitigen **wettbewerblichen Ausrichtung** aller Forschungsförderprogramme kann dann auch gewährleistet werden, dass mittelständische Unternehmen mehr als bislang an ihnen partizipieren können.

Darüber hinaus setzt sich die FDP-NRW für eine **steuerliche Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung** ein, wie sie international üblich ist. Hierfür sind Regelungen zu finden, wie etwa die steuerliche Sonderabschreibung, die mit dem Ziel eines einfachen, gerechten Steuersystems vereinbar sind. Gerade die Innovationskraft **der kleinen und mittelständischen Unternehmen** könnte durch eine unbürokratische steuerliche Förderung erheblich gesteigert werden.

Der Forschung muss nach Maßgabe ihrer Eigengesetzlichkeit ihre freie Entfaltung ermöglicht werden. Hierzu müssen **bürokratische Barrieren** abgebaut und ideologisch determinierte **Überregulierungen** abgeschafft werden. Dies betrifft sowohl Gesetze und Verordnungen, die sich unmittelbar mit dem Forschungsgegenstand, den Forschungsinhalten und den Forschungsinstitutionen befassen, als auch solche, die die Freiheit der Forschung in anderer Weise einschränken, etwa Regelungen im Bau- und Ordnungsrecht oder auch im Dienst- und Arbeitsrecht. Gerade auch die **private Industrieforschung** und die Forschung **kleinerer und mittelständischer Unternehmen** müssen von einengender staatlicher Bürokratie befreit werden.

Der internationale Wettbewerb um die besten Köpfe hat mit dem deutlichen Kurswechsel in der **amerikanischen Forschungspolitik** deutlich an Fahrt aufgenommen. Zugleich hat die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Damit Deutschland diesen Trend nicht infolge einer lähmenden Risikoangst verpasst, muss eine zukunftsoptimistische Kultur der Chancen entstehen, die ohne ideologische Scheuklappen Herausforderungen etwa im Bereich **Stammzellforschung** oder **Freilandbiotechnologie** annimmt und zugleich eine neue Begeisterung für innovationsträchtige Zukunftsfelder wie die **Nano- und Biotechnologie** etabliert.

Die **Grüne Biotechnologie** ist ein wichtiger Bestandteil der wachsenden Green Economy. Als solche kann sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Nahrungsmittelversorgung einer wachsenden Weltbevölkerung bei gleichzeitig abnehmender landwirtschaftlicher Nutzfläche sicherzustellen. Zugleich verbessert sie die Ertragssicherheit von Kulturpflanzen, indem Pflanzen optimal an ihre Standorte angepasst werden, und ermöglicht eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik müssen deshalb wissenschaftlich **bewertet und vorurteilsfrei abgewogen** werden. Pauschal auf diese Technologie zu verzichten, wäre angesichts des rasant wachsenden Bedarfs an pflanzlichen Rohstoffen – etwa zur Energiegewinnung oder für industrielle und pharmazeutische Produkte – hochgradig fahrlässig.

An die **Stammzellforschung** richtet sich die Erwartung schwere menschliche Krankheiten wie Parkinson, Alzheimer oder Diabetes künftig wesentlich besser als bisher therapieren oder gar heilen zu können. Aus dieser Chance heraus entsteht eine Verpflichtung der Politik gegenüber bereits heute und künftig erkrankten Menschen. **Die Ethik des Heilens** und Helfens muss hier mit anderen ethischen Fragestellungen abgewogen werden. Das nordrhein-westfälische **Stammzellnetzwerk** befasst sich damit, in-

dem es mit Experten aus Wissenschaft, Forschung, Theologie und Politik, sämtliche Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der adulten und embryonalen Stammzellforschung bündelt, Nachwuchswissenschaftler in diesem Bereich fördert und mit hohem Sachverstand Entscheidungen begleitet. Die NRW-FDP will diese weltweit einzigartige Initiative zu einem **nationalen Stammzellnetzwerk** ausbauen.

3. Das Steuer- und Transfersystem reformieren

Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung, in der jeder Einzelne spürt, dass sich seine individuelle Leistung wieder lohnt. Die **maßgeblich aus der FDP-NRW entwickelte Liberale Steuerreform** für einfache, niedrige und gerechte Steuern ist und bleibt daher vorrangiges Ziel. Steuersenkungen und die Gesundung der öffentlichen Haushalte sind für uns keine Gegensätze, sondern gehören zusammen.

Die FDP-NRW setzt sich dafür ein, dass besonders **Familien mit Kindern entlastet** werden, denn: Familienbedingte finanzielle Lasten werden im geltenden Steuerrecht nicht angemessen berücksichtigt. Zukünftig soll der Grundfreibetrag von 8.004 Euro für Erwachsene zusätzlich auch für jedes Kind gelten. Dies bedeutet für viele Familien, dass sie keine Einkommensteuer mehr zahlen müssen. Das Kindergeld wird auf 200 Euro pro Kind und Monat für die Familien angehoben, die den Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können. Unter Berücksichtigung der Werbungskostenpauschale und der Abzugsfähigkeit der Vorsorgeaufwendungen ist eine vierköpfige Familie noch bei einem Familieneinkommen von 40.700 Euro steuerfrei. Kinderbetreuungskosten und Pflegekosten sollen bis zu 12.000 Euro im Jahr von der Steuer abgesetzt werden. **Die Steuerklasse V**, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich häufig unattraktiv erscheinen lässt, wird abgeschafft.

Die FDP-NRW fordert, dass Steuerzahler künftig auf Wunsch nur noch **alle zwei Jahre ihre Steuererklärung** abgeben müssen. Dies erspart den Bürgern Zeit und verringert deren Steuerbürokratie. Zugleich werden die Finanzämter entlastet, ohne dass Steuereinnahmen verloren gehen. Gerade für Rentner und für viele Arbeitnehmer wäre dies eine sinnvolle Alternative.

Einkommenssteigerungen führen wegen des progressiven Tarifverlaufs zu einem höheren Steuersatz und damit zu einer höheren Steuerbelastung. Durch die inflationsbedingte so genannte **kalte Progression** werden höhere Leistungen der Bürger bestraft. Aus diesem Grund wird der Gesetzgeber verpflichtet, gemeinsam mit dem Existenzminimumsbericht, der alle zwei Jahre die Höhe des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags überprüft, auch den Steuertarif zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Wir wollen Hartz IV durch ein **Bürgergeld** ersetzen, das möglichst alle Transferzahlungen des Staates bündelt und für die Menschen transparent und erreichbar macht. Wir brauchen mehr Leistungsgerechtigkeit und Fairness für diejenigen, die eine Arbeit aufnehmen und für diejenigen, die Eigenvorsorge treffen. Daher wollen wir das **Schonvermögen** auf 750 Euro pro Lebensjahr (einschließlich der Riester- und Rürup-Renten) erhöhen und eine Verbesserung der **Hinzuverdienstmöglichkeiten** erreichen, damit sich die Aufnahme von Arbeit wieder lohnt.

Um die Einnahmen der Städte und Gemeinden auf eine sichere Grundlage zu stellen, brauchen wir eine konsequente **Gemeindefinanzreform** für ganz Deutschland. Statt der Gewerbesteuer, die zu stark von der allgemeinen Konjunktur abhängig und für die Kommunen kaum zu kalkulieren ist, soll den Kommunen künftig ein **Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer** sowie ein höherer **Anteil am Umsatzsteueraufkommen** zustehen. Mit dem Recht, die Höhe der Steuern auf Einkommen und Unternehmensgewinne zu bestimmen, können die Kommunen Standortpolitik gestalten

4. Den Mittelstand von überzogenen steuerlichen und bürokratischen Lasten befreien

71 Prozent der Arbeitsplätze und 83 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland stellt der Mittelstand bereit. Eine Politik, die den Mittelstand stärkt, ist die beste Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Der Mittelstand wartet auf Steuersenkungen und niedrigere Lohnzusatzkosten, damit er investieren und Arbeitsplätze schaffen kann.

Die Hemmnisse der jetzigen **Unternehmensteuerreform** müssen fallen. Investitionen in Forschung und Entwicklung dürfen in ihrer steuerlichen Abzugsfähigkeit nicht beschränkt werden. Die zu wenig nachge-

besserten Regelungen bei einer **Funktionsverlagerung** oder bei einem **Mantelkauf** behindern noch immer Investitionen in Forschung.

Statt zusätzliche bürokratische Lasten wie zum Beispiel das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (**Anti-Diskriminierungsgesetz**) zu schaffen, müssen die bestehenden Lasten reduziert werden. Die zahlreichen statistischen **Doppelerhebungen** müssen abgeschafft werden. Zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten. Der Auftrag an den Nationalen Normenkontrollrat zur Messung von Bürokratiekosten und von Informationspflichten für Unternehmen sollte zu einem effektiven **Bürokratie-TÜV** ausgeweitet werden. Ein konsequenter Bürokratieabbau befreit die Menschen vor unnötig gewordenen Regelungen und entlastet gerade den Mittelstand. Um wirtschaftlich schwächere Regionen zu fördern, tritt die FDP für die Schaffung von **Modellregionen** ein. Um den Bürokratieabbau voran zu bringen, erhält der Landesgesetzgeber die Möglichkeit, befristet Regelungen zu treffen, die gegenüber dem Bundesrecht eine Deregulierung und Entbürokratisierung zur Folge haben.

Das im vergangenen Jahr beschlossene **Erbschaftsteuerrecht** muss grundlegend überarbeitet werden. Die Erbschaftsteuerreform der Großen Koalition führt zu einem nicht zu vertretenden Bürokratieaufwand für die Erben wie auch für die Finanzverwaltung. Komplizierte Detailregelungen, wie etwa die Ermittlung und die Überwachung der Ausgangslohnsumme, die Überprüfung der Behaltensfristen oder die Festsetzung des Anteils des Verwaltungs- am Betriebsvermögen gefährden Arbeitsplätze und insbesondere die Zukunft der mittelständischen Betriebe in Deutschland. Auch im **privaten Bereich** ist das Erbschaftsteuerrecht von gravierenden Ungerechtigkeiten geprägt. So sind beispielsweise nahe Angehörige, insbesondere Geschwister, aber auch Erben in der Steuerklasse III mit hohen Steuersätzen in Höhe von 30 % bzw. 50 % belastet. Es bestehen insgesamt grundlegende Zweifel, ob das neue Erbschaftsteuerrecht verfassungskonform ist.

Wir müssen in Deutschland aufhören, Bürger und Unternehmen mit immer neuen Verkomplizierungen des Steuerrechts zu beschäftigen, die keinen gesellschaftlichen Nutzen stiften. Für einen Unternehmer spielt es keine Rolle, ob er 5.000 € Steuern zahlen muss oder 5.000 € an seinen Steuerberater zahlen muss, um überhaupt seine steuerlichen Pflichten erfüllen zu können. Damit sind die **Vereinfachung des Steuerrechts und der Abbau von Steuerbürokratie** die preiswertesten Formen des Abbaus von Belastungen.

Seit Jahren wenden 21 von 27 Mitgliedstaaten in der EU bei der Hotellerie einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz an - Deutschland zählt nicht dazu. Die 44.000 Betriebe des Gastgewerbes in NRW mit über 185.000 Beschäftigten und über 14.000 Auszubildenden haben ein Recht auf Chancengleichheit im europäischen Wettbewerb. Die FDP-NRW fordert daher einen von 19 auf 7 % **ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Gastronomie und Hotellerie**.

5. Eine bezahlbare, sichere und Klimafreundliche Energieversorgung sicherstellen

Energie muss bezahlbar, sicher und vor allem klimafreundlich sein. Hierfür bedarf es eines zukunftsfähigen **Gesamtkonzeptes** in der Energiepolitik mit einem Mix aus erneuerbaren, fossilen und nuklearen Energieträgern, das bestehende Standortnachteile Deutschlands mittelfristig beseitigt und die dringend notwendige Reduzierung des CO₂-Ausstoßes möglich macht. Teil eines innovativen Konzeptes ist dabei auch die **Verlängerung der Laufzeiten** von sicheren und leistungsfähigen Kernenergieanlagen, bei gleichzeitigem **früherem Abschalten** störungsanfälliger Meiler, auch und gerade weil sich die anspruchsvollen CO₂-Minderungsziele nur mit einer sicheren Kernenergie erreichen lassen.

Vorher aber muss mit der deutschen Energiewirtschaft verbindlich vereinbart werden, die aus einer Laufzeitverlängerung entstehenden Gewinne zu einem erheblichen Teil in eine umfassende **Modernisierung der deutschen Kraftwerke** sowie in eine deutliche **Ausweitung der Energieforschung** zu reinvestieren. Deutschland braucht den saubersten Kraftwerkpark der Welt.

Im Hinblick auf die Umsetzung der dritten Phase des **Emissionshandels** von 2013 - 2020 muss sichergestellt sein, dass das Kraftwerkserneuerungsprogramm Nordrhein-Westfalens nicht in Gefahr gerät. Dazu müssen die Richtlinien für die Förderung hochmoderner, effizienter Kohlekraftwerke, mit und ohne CCS-Abscheidung, so festgelegt werden, dass die geplanten Investitionen getätigt werden können. Denn nur so kann Nordrhein-Westfalen seinen wichtigen Beitrag zur **Senkung der CO₂-Emissionen**.

Auch die geplanten Ausnahmen von der Vollversteigerung für bestimmte energieintensive Branchen der Industrie müssen zeitnah und zielgerichtet umgesetzt werden. Dies ist als Planungs- und Standorticherheit für das Industrieland Nr. 1 unverzichtbar.

Für die Verwirklichung von CCS-Projekten muss die künftige Bundesregierung schnellstmöglich ein **CCS-Gesetz** auf den Weg bringen. Außerdem muss die Möglichkeit geschaffen werden, die nötige Infrastruktur in Form von Pipelines so zügig wie möglich zu schaffen.

Das **EEG** muss auf seine Auswirkungen überprüft werden. Dabei muss mit der Überföderung der Fotovoltaik und der Windkraft auf Kosten der Stromverbraucher Schluss sein. Insbesondere muss die Förderung chinesischer Fotovoltaikhersteller und Arbeitsplätze durch deutsche Einspeisevergütungen beendet werden.

6. Lehren aus der Krise ziehen, Banken- und Finanzaufsicht reformieren

Die Finanzkrise hat die Menschen mit ihren massiven Auswirkungen auf die Realwirtschaft zutiefst verunsichert. Die FDP steht für eine wertorientierte **Soziale Marktwirtschaft**. Dazu gehört, dass der freie Markt eingebettet ist in einem **klaren Ordnungsrahmen**, dessen Regeln der Staat setzt und durchsetzt. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass eine Fortentwicklung der Regulierungsmechanismen dringend erforderlich ist. Dazu gehört zum einen eine Neuordnung der zersplitterten **Bankenaufsicht** sein, die zukünftig bei der Bundesbank zusammengeführt werden muss. Zum anderen ist die im Zuge der Finanzmarkt-krise offensichtlich gewordene unzureichende **Kontrolle der Vorstände durch die Aufsichtsräte** zu korrigieren. Um zu effizienteren Aufsichtsstrukturen zu kommen, sollen deshalb u.a. die Größe der Aufsichtsräte auf maximal zwölf Mitglieder und die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person auf fünf begrenzt werden. Insgesamt ist die Arbeit der Aufsichtsräte im Rahmen der aktienrechtlichen Vorschriften zu professionalisieren.

Die Finanzmarktkrise hat ebenso das strukturelle Problem der **Landesbanken** offenbart, das darin begründet ist, dass sie im Wesentlichen über kein adäquates Geschäftsmodell und nur noch über eine begrenzte realwirtschaftliche Verankerung verfügen. Eine dauerhafte Lösung der Landesbankenproblematik ist nur durch eine grundsätzliche Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors zu erreichen. Ziel ist die **Zusammenführung der jetzigen Landesbanken** in ein schlankes Sparkassenzentralinstitut in alleiniger Trägerschaft der Sparkassen, das zentrale Servicefunktionen für die Sparkassen erfüllt, so beispielsweise im größeren Mittelstandsgeschäft, bei Großkunden, bei der Entwicklung von Finanzprodukten sowie im Auslandsgeschäft.

7. Ein einfaches, transparentes und leistungsgerechtes Gesundheitssystem einführen

Die FDP-NRW will einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik: Wir wollen den weiteren Weg in Richtung Staatsmedizin und Einheitskasse verhindern. Daher soll an die Stelle des **Gesundheitsfonds** die **Beitragsautonomie** der Kassen wieder hergestellt werden. Die Ungerechtigkeit des Gesundheitsfonds wird auch darin deutlich, dass die Versicherten in NRW netto mehr in den Fonds zahlen, als sie an Leistungen bekommen. Benötigt wird mehr Wettbewerb zu klaren und fairen rechtlichen Bedingungen, damit Qualität zu günstigen Preisen gesichert wird und gute Ideen sich durchsetzen können. Die FDP-NRW ist gegen ein staatliches zentralistisches Gesundheitswesen, das nur zur **Zwei-Klassen-Medizin** und zur **Mangelverwaltung** führt.

Die Menschen sollen ihren **Versicherungsschutz** weitgehend selbst gestalten können und gleichzeitig im Hinblick auf den demografischen Wandel vorsorgen. Vielfalt und Gestaltungsmöglichkeiten statt einer Einheitskasse bieten für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Versorgung die besten Voraussetzungen. Die staatliche Regulierung muss auf eine **Rahmensetzung** begrenzt werden. Diese muss eine ausreichende Sicherheit bieten, um bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage zu kommen. Wir stehen zur **Solidarität** mit denjenigen, die krank oder behindert sind. Dies gelingt über eine Verpflichtung der Versicherer, die notwendige Grundversorgung ohne Risikozuschläge sicherzustellen. Diejenigen, die sich eine Krankenversicherung nicht leisten können, erhalten Unterstützung durch **Bürgergeld**.

An die Stelle hochkomplizierter **ärztlicher Vergütungssysteme** mit mehr oder weniger versteckter Budgetierung muss eine einfache, leistungsgerechte und transparente Gebührenordnung treten, die für jeden behandelnden Arzt die Grundlage für die Abrechnung im Rahmen der Kostenerstattung bildet.

8. Für eine bürgerrechtsorientierte Innen- und Rechtspolitik

Ohne Sicherheit ist Freiheit wenig Wert. Dennoch darf Sicherheit nicht zu Lasten von Freiheit entstehen. Eine Gesellschaft ist nicht freier, je intensiver ihre Bürger überwacht, kontrolliert und beobachtet werden. Freiheit und Sicherheit müssen sorgsam ausbalanciert werden. Das gelingt nur durch eine intelligente Innenpolitik, die auf Verhältnismäßigkeit achtet. In den letzten elf Jahren haben die Bundesregierungen gegen den Widerstand der FDP immer mehr Freiheitsbeschränkungen durchgesetzt. Mehr als 100 neue Gesetze allein im Bereich der Innen- und Rechtspolitik mit immer neuen Eingriffsbefugnissen wurden verabschiedet. Seit 1998 hat ein dramatischer **Abbau von Bürgerrechten** stattgefunden. Die FDP steht für eine neue Innenpolitik, die Vertrauen zurückgewinnt. Eine **grundrechtsorientierte Innenpolitik** achtet die Werteordnung des Grundgesetzes. Sie schafft Sicherheit, ohne Freiheit zu beschädigen.

Der Schutz des Grundrechts auf **informationelle Selbstbestimmung** ist dabei ein zentrales Anliegen der Liberalen. Die Daten gehören dem Bürger, nicht dem Staat und auch nicht den Vertragspartnern des Bürgers. Es ist bei der Erhebung, Verarbeitung und dem Nutzen von Daten streng nach den Grundsätzen der **Datensparsamkeit** und **Datenvermeidung**, der Erforderlichkeit und der **Zweckbindung** von Daten zu verfahren. Die FDP fordert die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses, die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung, insbesondere im Telekommunikationsbereich. Zudem will die FDP den sog. Großen Lauschangriff und die heimliche Online-Durchsuchung auf den Prüfstand stellen, da mit beiden Maßnahmen in unverhältnismäßiger Weise in die Privatsphäre eingegriffen wird. Den Großen Spähangriff lehnt die FDP ohne Wenn und Aber ab. Internetsperren mittels geheimer und rechtsstaatlich nicht überprüfbarer Listen lehnt die FDP als ungeeigneten und unverhältnismäßigen Eingriff in die Meinungs-, Informations- und Telekommunikationsfreiheit ab, da diese Kinderpornographie nicht wirksam bekämpfen. Die FDP wird daher eine Überprüfung des von SPD und CDU/CSU beschlossenen Gesetzes einfordern, insbesondere aber eine echte und wirksame Strafverfolgung der Täter und besseren Schutz der Opfer. Die FDP lehnt ebenso jedwede Ausweitung auf andere Inhalte strikt ab. Erforderlich ist darüber hinaus eine Evaluierung der seit 1998 beschlossenen Überwachungsgesetze unter den Gesichtspunkten der Wirksamkeit, der Verfassungsmäßigkeit und der dadurch gebundenen Mittel. Die Erhebung, Speicherung und Weitergabe von **Fluggastdaten** lehnen die Liberalen ab. Die FDP wird sich für einen verbesserten Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei allen heimlichen Überwachungsmaßnahmen einsetzen. Weiterhin wird die FDP sich für einen einheitlichen Schutz von Berufsgeheimnisträgern vor Überwachungsmaßnahmen einsetzen, um besondere Vertrauensverhältnisse zu schützen.

Die FDP bekennt sich zur föderalen Kompetenzverteilung in der Innenpolitik. Die Schaffung einer echten Polizei auf Bundesebene nach dem Vorbild des FBI lehnt die FDP ab. Vielmehr muss die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden verbessert werden, um effizient und ohne Reibungsverluste Kriminalität zu bekämpfen. Das BKA-Gesetz hat die FDP ebenso abgelehnt wie die unzulängliche Reform der Bundespolizei. Notwendig ist eine verhältnismäßige, an föderalen Grundsätzen wie auch Effizienz Gesichtspunkten orientierte Überarbeitung der Sicherheitsarchitektur. Den Einsatz der Bundeswehr im Innern über bestehende Aufgaben hinaus lehnt die FDP strikt ab. Mit der FDP wird die ohne rechtliche Grundlage neu eingeführte Bundesabhörsentrale auf den Prüfstand gestellt werden. Bei allen gemeinsamen Sicherheitszentren wie dem GASIM, dem GTAZ oder dem GIZ wird die FDP sich für eine strikte Beachtung des Trennungsgebots starkmachen.

Die FDP setzt sich zudem dafür ein, dass Engagement auch in den Sicherheitsbehörden belohnt wird. Gerade die engagierten Polizistinnen und Polizisten profitieren von der Reform des Berufsbeamtentums, in deren Mittelpunkt mehr Leistungsorientierung stehen muss. Insgesamt setzt sich die FDP für ein modernes und leistungsfähiges Berufsbeamtentum ein. Die Beamtinnen und Beamten brauchen klare Perspektiven und attraktive Arbeitsplätze, damit der öffentliche Dienst auch in Zukunft im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann.

Wir Liberale treten für einen wirksamen Datenschutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ein. Daher fordern wir bundesweite Regelungen zum **Arbeitnehmerdatenschutz**, die diesen gewährleisten, ohne die Arbeitgeber mit übertriebener Bürokratie zu belasten.

Zur Schaffung von Transparenz und Vertrauen fordern wir, dass außerdem bundesweit ein unbürokratisches System geschaffen wird, um im Wege von **Gütesiegeln**, Datenschutzprogramme und Konzepte zertifizieren zu können und die Entwicklung datenschutzfreundlicher Technik zu fördern. Zudem fordern wir einen Datenschutz aus einem Guss in einem verständlichen und handhabbaren allgemeinen **Datenschutzgesetzbuch**. Darüber hinaus fordern wir die Aufnahme des Datenschutzes ins **Grundgesetz**.

9. Haushalte konsolidieren, Bürokratie konsequent abbauen

Ein Konzept für eine gerechte Steuer muss mit der **Konsolidierung der Staatsfinanzen** verbunden sein. Sowohl eine Steuerstrukturreform als auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen sind gleichwertige politische Ziele. Sie stehen nicht im Widerspruch, sondern sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist eine zentrale Frage von Generationengerechtigkeit, dass jede Generation ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigt. Es ist unverantwortlich, unseren Kindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen. Die Föderalismuskommission II hat einen **Weg aus dem Schuldenstaat** geebnet. Im Interesse künftiger Generationen müssen sich staatliche Ausgaben grundsätzlich an der Höhe der Einnahmen orientieren. Neue Schulden sind nur in Notlagen zu verantworten. In normalen Zeiten müssen Haushalte **Überschüsse** erwirtschaften, damit die Schulden vorheriger Jahre zurückgezahlt werden können und für schlechtere Jahre Vorsorge betrieben werden kann.

Einsparpotenziale im Bundeshaushalt können unter anderem gehoben werden durch einen effizienteren Einsatz von Personal, insbesondere in der Finanzverwaltung in Folge eines einfacheren Steuerrechts, der wirksamen Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs durch die Umstellung von der Soll auf die Ist-Besteuerung, stärkerer Bündelung öffentlicher Einkäufe mit erheblichen Einsparpotenzialen, einem konsequenten Subventionsabbau, der weiteren Privatisierung von Bundesvermögen und einer kritischen Überprüfung der Behördenanzahl und -struktur.

Die FDP-NRW hat seit Regierungsübernahme in Nordrhein-Westfalen 138 **Behörden aufgelöst** und rund 290 **Vorschriften abgeschafft**, z.B. das Tariftreuegesetzes, das Fehlbelegungsabgabegesetzes oder die Verordnung über die Bestellung von Vertretern des öffentlichen Interesses. Nordrhein-Westfalen hat mit der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens gute Erfahrungen gemacht. Die FDP-NRW setzt sich dafür ein, dass es keine weiteren bundesgesetzlichen Vorgaben zur verpflichtenden Durchführung von Widerspruchsverfahren gibt. Ein solch konsequenter und systematischer Bürokratieabbau muss auch im Bund betrieben werden, z.B. mit an der Praxis orientierten Änderungen des Bauförderungssicherungsgesetzes. Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen, indem er statt eines immer dichten, bürokratischen Regelungsnetzes einen **verständlichen, flexiblen Regelungsrahmen** vorsieht.

10. Investitionen in Verkehr und Infrastruktur stärken

Nordrhein-Westfalen ist als bevölkerungsreichstes Bundesland auch eines der verkehrsreichsten. Zudem ist **NRW als Transitland**, in dem wichtige Verkehrsachsen von nationaler und europäischer Bedeutung zusammentreffen, besonders stark belastet. Angesichts der gegenwärtigen und zukünftig weiter steigenden Verkehre muss die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen - Straßen und Schienen, Wasserstraßen, Binnenhäfen und Flughäfen - weiter ausgebaut werden. Denn eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor für die NRW-Wirtschaft und damit Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Aufgrund der in den vergangenen Jahren nicht bedarfsgerechten **Zuweisungen von Bundesmitteln** für den Bundesfernstraßenbau herrscht in Nordrhein-Westfalen dringender Nachholbedarf. Vor diesem Hintergrund erwartet die FDP-NRW von der neuen Bundesregierung, dass die Mittel für den Fernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen entsprechend der tatsächlichen verkehrlichen Belastung der Infrastruktur erhöht werden.

Zu niedrig ist auch die Quote des Landes an den Projekten des **Bundesverkehrswegeplanes**. Statt aktuell nur 16 Prozent stünden Nordrhein-Westfalen gemessen an der Einwohnerzahl 22 Prozent zu. Zudem muss der Vorbehalt des „besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrags“ bei den Projekten des Bundesverkehrswegsplans gestrichen werden. Dieser noch aus rot-grüner Regierungszeit stammende Vorbehalt blockiert unverzichtbare Autobahnlückenschlüsse und Ortsumgehungen, auf die Bürger und Unternehmen in der Regel schon seit Jahren warten.

Die FDP möchte Nordrhein-Westfalen zur führenden **Logistik-Drehscheibe** in Europa ausbauen. Dazu ist die Realisierung des Eisernen Rheins, der den Hafen Antwerpen auf einer weitgehend neuen, anwohnerfreundlichen Trasse an das nordrhein-westfälische Hinterland anbindet, unverzichtbar. Die neue Bundesregierung ist aufgefordert, mit Belgien und den Niederlanden unverzüglich eine Verständigung über das Projekt einschließlich der Errichtung eines internationalen Logistikzentrums am Standort Elmpt zu erzielen.

Für zwei weitere für Nordrhein-Westfalen bedeutende Schienenverkehrsprojekte, den **Rhein-Ruhr-Express** (RRX) und die Betuwe-Linie, hat der Bund seine grundsätzliche Unterstützung zugesagt. Beide Projekte müssen nun zügig abgearbeitet werden.

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Vielzahl nichtbundeseigener **Eisenbahnen** (NE-Bahnen), die mit ihrem zum Teil weit verzweigten und engmaschigen Schienennetz eine große verkehrs- und strukturpolitische Bedeutung haben. Anders als den Bundeseisenbahnen steht den NE-Bahnen jedoch keine gesicherte Förderung zur Verfügung. Auf Initiative Nordrhein-Westfalens hat die Verkehrsministerkonferenz der Länder die Bundesregierung aufgefordert, der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der NE-Bahnen durch eine Finanzierung der Infrastruktur mit Bundesmitteln Rechnung zu tragen. Diese Forderung muss die neue Bundesregierung zügig umsetzen.

Die vom Bund im Jahr 2006 gegen die Stimmen Nordrhein-Westfalens beschlossene Kürzung der Regionalisierungsmittel für den **Schienerpersonennahverkehr** belastet NRW bis zum Jahr 2010 mit 516 Millionen Euro. Die undifferenzierte Kürzung nach der Rasenmähermethode hat Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den anderen Bundesländern weiter benachteiligt. Sowohl bei der Höhe der Regionalisierungsmittel pro Einwohner als auch der Zahl der Bahnstationen in Relation zur Bevölkerung hat NRW den niedrigsten Wert aller Flächenländer. Der Verteilungsschlüssel für die Regionalisierungsmittel muss umgehend überprüft und mit dem Ziel eines effizienten Mitteleinsatzes angepasst werden.

Gegen die Stimmen der vier FDP-mitregierten Bundesländer wurde die **Lkw-Maut** zum 1. Januar 2009 erhöht. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist diese zusätzliche Belastung für das Transportgewerbe, die Verbraucher und den Wirtschaftsstandort insgesamt nicht zu verkraften. Die FDP-NRW spricht sich deshalb dafür aus, die Mauterhöhung bis 2011 auszusetzen.

Elektroantriebe haben ein enormes Leistungspotential für eine bezahlbare, energiesparende und **klima-verträgliche Mobilität der Zukunft**. Sie bieten nicht nur die Chance, die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs substantiell und im Rahmen eines konsistenten Gesamtkonzepts zu verringern, sondern sie stellen auch eine dezentrale Speichermöglichkeit für Strom aus fluktuierenden Quellen in Aussicht und verringern die Abhängigkeit Deutschlands vom Öl nachhaltig. Das gerade auch aus ökologischer Sicht und aus der Perspektive des Klimaschutzes erhebliche **Potential der Elektroantriebe** darf deshalb nicht weiter durch kurzfristige Maßnahmen, wie etwa die Abwrackprämie, behindert werden. Stattdessen bedarf es jetzt der grundsätzlichen Weichenstellungen, die es Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen, die Potentiale der Elektromobilität ungehindert zu nutzen und voranzubringen.

Subventionsfreie Kaufreize lassen sich beispielsweise über die Einführung von Wechselkennzeichen für **Elektroautos als Zweitwagen** für den innerstädtischen Verkehr und entsprechende Ausnahmen von Fahrverboten in städtischen Umweltzonen sowie Vorrang-Parkplätze für Elektroautos in Innenstadtbereichen setzen.

Der Zugang zum Breitband-Internet in den Städten wie in der Fläche ermöglicht den Menschen die **Teilhabe an der Informationsgesellschaft** und gewährleistet die Anbindung von Schulen, Hochschulen und Unternehmen. Die FDP-NRW unterstützen daher den Ausbau des **Breitband-Internet**. Wir treten zudem dafür ein, dass ein fairerer Wettbewerb zwischen den Anbietern Grundlage für Investitionen und Innovationen bei Infrastrukturen und Diensten ist. Durch verbesserte Information über die vielfältigen Zugangstechnologien sowie Kooperationen zwischen Unternehmen und Gebietskörperschaften lassen sich die Lücken bei der Breitbandversorgung in Deutschland schließen.

Wenn der Wähler der FDP die Gelegenheit dazu gibt, setzen wir uns in Nordrhein-Westfalen dafür ein, den Schwung der ersten 100 Tage nach der Bundestagswahl intensiv zu nutzen und diesen Forderungskatalog in **reale Politik** umzusetzen. Wir wollen damit eine **optimistische Perspektive** von **Aufbruch und Neubeginn** in die Bevölkerung tragen.